

An der Sozialen Marktwirtschaft darf nicht gerüttelt werden

Von Dr. Walter Hitschler

Die Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate scheinen all jenen Recht zu geben, die auf einen fundamentalen Richtungswechsel in der Politik hoffen. Doch gerade in der Krise ist es wichtig, die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft zu verteidigen. Die Alternative hieße: wirtschaftlicher Niedergang.



Die vom amerikanischen Immobilienmarkt ausgegangene weltweite Finanzkrise, in deren Gefolge sich eine globale Konjunkturkrise mit drastischen Auswirkungen auf den Arbeitsmärkten auszubreiten droht, hat sogleich die Kritiker unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung auf den Plan gerufen. Sie wollen uns in den buntesten Farben die angeblichen Vorzüge des Sozialismus, den wir gerade wegen seiner erwiesenen Erfolglosigkeit überwunden glaubten, wieder anempfehlen. Der Neoliberalismus sei an all dem Übel schuld. Der Feind ist ausgemacht.

In der Tat: Unternehmen streben nicht nach Wettbewerb. Sie versuchen mit allen Mitteln, ihn zu umgehen. Denn Unternehmen möchten sich viel lieber in monopolartigen Marktstellungen befinden, weil sie dann den Marktpreis weitgehend selbst bestimmen und höhere Gewinne erzielen können. Das aber wussten die Väter unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung auch schon. Allen voran Walter Eucken, auf dessen Erkenntnissen und denen seiner Epigonen der ordoliberalen Freiburger Schule unser nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenes Wirtschaftssystem gründet.

Walter Eucken verdeutlichte, dass erst einmal konstituierende Prinzipien in einer Wirtschaftsordnung Geltung haben müssten, damit eine Marktwirtschaft überhaupt funktionieren kann. Dazu zählte er beispielsweise die Offenheit der Märkte, also die Beseitigung von Markt-Zutrittsbeschränkungen, die Vertragsfreiheit aller Marktteilnehmer, die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus nach Angebot und Nachfrage, eine weitgehende Marktübersicht der Marktteilnehmer, eine funktionierende Rechtsordnung und andere mehr. Eine unter solchen Bedingungen aufgestellte Wirtschaftsordnung aber bleibt, so Eucken, nicht von selbst in sich stabil, sondern bedarf der regulierenden Prinzipien, wie des Kartellrechts, des Wettbewerbsrechts, der Tarifautonomie, damit der Wettbewerb nicht durch die Marktmacht Einzelner wieder verdrängt werden kann.

Die Regulierung des Wettbewerbs im Sinne seiner Aufrechterhaltung ist also eines der wesentlichsten Kennzeichen einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft heißt also kurz gefasst: Der Staat gibt einen bestimmten Rahmen an Regeln vor, die von allen Marktteilnehmern einzuhalten sind. Innerhalb dieses Rahmens aber darf jeder frei wirtschaften.

In Deutschland wurde diese Wirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie von Ludwig Erhard und Prof. Müller-Armack verwirklicht. Dabei wurden noch so

genannte Stabilisatoren wie die Sozialversicherungssysteme eingebaut und Verfassungsrechte normiert. Dazu gehört beispielsweise die Unantastbarkeit der Würde des Menschen oder der Gleichheitsgrundsatz sowie die Bestimmung im Grundgesetz, wonach die Bundesrepublik als sozialer Bundesstaat definiert wird. Sie alle haben Auswirkungen auf den Einzelfall und binden den Gesetzgeber. Daher sprechen wir heute von einer Sozialen Marktwirtschaft. Der soziale Friede in unserem Lande wird heute allgemein als ein außerordentlich hohes Gut betrachtet, das es zu bewahren gilt.

Was wir auf nationaler Ebene bereits umgesetzt haben, wird Stück für Stück auch im gemeinsamen Europa realisiert. Es gibt inzwischen ein Gemeinschaftsrecht, das uns bindet und in vielen Bereichen werden europäische Richtlinien erlassen, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Lediglich in der Sozialgesetzgebung sind wir in Europa noch weit voneinander entfernt. Unsere Wirtschaftsordnung, das dürfen wir getrost feststellen, hat sich in Deutschland und im gemeinsamen europäischen Markt bewährt. Die wirtschaftliche Verflechtung ist aber weiter gewachsen, viele Unternehmen operieren heute weltweit. Weltweit gibt es aber keine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung.

Es gibt zwar einige Regeln für den freien Handel und es gibt gemeinsame Bemühungen um den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Aber es gibt keine allgemeingültigen Prinzipien und Regelungen, wie wir sie in Deutschland und inzwischen auch weitgehend im europäischen Markt kennen. Das gilt für die Waren- und Gütermärkte ebenso wie für die Finanzmärkte. Das ist ein Manko, das beseitigt werden muss. Eine Weltmarktwirtschaft haben wir noch nicht, sie muss erst geschaffen werden. Und deshalb kann ernstlich auch niemand sagen, unser System habe versagt und müsse daher abgelöst werden.

Es liegt allerdings auf der Hand, dass viele Fehler gemacht wurden. Das fängt mit unserer Neigung an, allzu bereitwillig amerikanische „Errungenschaften“ zu übernehmen. Dazu zählt die Übernahme von amerikanischen Bilanzierungsregeln ebenso wie die drastische Erhöhung der Managergehälter oder der Einführung von Basel 2, das uns die Ratingabhängigkeit bei der Kreditversorgung bescherte.

Nun stellen wir fest, dass die Rating-Agenturen selbst zu einem Problem geworden sind. Und als die hohen Zinsen winkten, verloren Banker ihren Sachverstand und kauften Papiere, deren realen wirtschaftlichen Hintergrund sie nicht kannten. Auf diese Weise gelang es dem amerikanischen Bankensystem, einen großen Teil seiner uneinbringlichen Schulden weltweit auf viele Schultern zu verteilen. Es waren schlicht Betrüger am Werk, die hinter Gitter gehören.

Doch davon ist in der öffentlichen Diskussion nichts zu hören und nur in wenigen Fachzeitschriften etwas zu lesen. Und so bleibt ein weites Feld für Oskar. Die Vernünftigen jedoch sollten sich darauf besinnen, weniger fremden Sirenen nachzulauschen, dafür die Bankenaufsicht ernster zu betreiben, die Fusionskontrollen strenger durchzuführen und dafür zu sorgen, dass der mittelständische Charakter unserer Wirtschaft nicht verloren geht. Denn ohne ihn geht auch der Wettbewerb verloren.

Strukturen wie in den Vereinigten Staaten sollten für uns nicht erstrebenswert sein, weil damit unweigerlich der Verlust persönlicher Freiheit und Wohlstand für jeden Einzelnen verbunden ist. ■